

Etwa 32 Billionen Dollar in Steueroasen versteckt

Die Organisation Tax Justice Network (TJN), eine Nichtregierungsorganisation mit Sitz in London, kommt, in einer aktuellen Studie des ehemaligen McKinsey-Ökonoms James Henry, zu dem Ergebnis, dass weltweit bis zu 32 Billionen Dollar in Steueroasen gebunkert werden und nicht nur aus Industrieländern auch aus ärmeren Ländern.

Es wird geschätzt, dass z. B. aus Nigeria etwa 306 Milliarden, aus der Elfenbeinküste ca. 141 Milliarden, aus Russland etwa 800 Milliarden, aus China fast 1,2 Billionen Dollar in Steueroasen abgeflossen sind.

Eine Vermögensverlagerung aus 139 Klein- und Mittelstaaten von bis zu 9,3 Billionen Dollar übersteigt deren Staatsschulden von rund 4 Billionen Dollar um mehr als das Doppelte.

Die Schere zwischen armen Bevölkerungsgruppen und reichen hat sich auch zu Zeiten der Finanzkrise mit großer Geschwindigkeit weiter geöffnet.

Die meisten Superreichen (Vermögen größer als 50 Millionen Dollar/rund 41 Millionen Euro) leben in den USA, gefolgt von China und **Deutschland**.

Die oberen zehn Prozent der Weltbevölkerung besitzen 84 Prozent der Vermögen.

Die Regierungen der Europäischen Union tragen mit ihrer Politik dazu bei, dass diese Schere weit geöffnet bleibt. Mit Milliarden an Steuermitteln im dreistelligen Bereich werden die Einkommen der Superreichen Steuerflüchtlingen weiter erhöht, die ihr Vermögen natürlich für sich „arbeiten“ lassen. Statt die Vermögenden endlich zum Abbau der Staatsverschuldung heranzuziehen und die mittleren und kleinen Einkommen zu entlasten, wird der Euro weiter in Richtung Wand gefahren und die Krise auf den Rücken der Bevölkerungsteile (in den Ländern des Euros) ausgetragen, die nicht zu den Vermögenden gehören.

Deutlich sichtbar wird auch die Verlogenheit (vielleicht auch Dummheit, bestimmt aber Korruption) der Politiker, die sich an der solidarische Rentenversicherung in Deutschland vergriffen und eine zusätzliche private, Rendite abhängige Versicherung (als Goldesel für die Versicherungskonzerne) durchgesetzt haben. Die Versicherungskonzerne legen die eingenommen Mittel inzwischen verstärkt im deutschen Hypothekengeschäft an, weil dort noch Zinsen um drei Prozent zu erwarten sind. Ansonsten sind ihre Versprechungen auf hohe Renditen und damit hohe Renten für die privat Versicherten kaum noch etwas wert (es besteht sogar die Gefahr, dass durch einen Börsencrash fast alles verloren geht). Auch die deutschen Häuslebauer werden in Zahlungsschwierigkeiten kommen, denn die sich weiter verschärfende Krise um den Euro wird vor Deutschland nicht stehen bleiben (die

Spekulationen im Zusammenhang mit der Immobilienblase in den USA waren eine Ursache der Finanzkrise, die Blase in Spanien bringt aktuell die Banken im Land an den Rand der Insolvenz).

Der Euro braucht eine politische Union mit gleichen Arbeits- und Steuerbedingungen (Mindestlohn, Vermögenssteuer), einem Primat der Politik und einem sozialen Standart der Armut ausschließt. Die neoliberale Ideologie hat die EU fast gegen die Wand gefahren und wenn so weiter gewurstelt wird wie aktuell, wird der Zusammenstoß in Höchstgeschwindigkeit erfolgen.

Einen großen Anteil daran hat die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die sich besonders kurzsichtig auf den Erfolg der deutschen Exportwirtschaft, nicht zuletzt durch die Zerschlagung von Arbeitnehmerrechten, ausgerichtet hat. Kurzfristig profitierte sogar das deutsche Steuersystem, dank eines Exportüberschusses sprudelten die Steuerquellen. Der größte Anteil der erwirtschaftenden Reichtümer landet allerdings in den Taschen der Superreichen, die ihr Vermögen, an der Steuer vorbei, in den Steueroasen verschwinden lassen. Die werden auch in Zukunft nicht am Hungertuch nagen, aber auf den deutschen „Normalbürger“ werden griechische Zeiten zukommen, wenn es nicht gelingt einen Politikwechsel herbeizuführen. Hoffnung macht ein deutlich zu erkennender Stimmungsumschwung, der auch in den Medien zu beobachten ist. Zunehmend erscheinen kritische Beiträge, die sich gegen die Macht der Finanzmärkte wenden, die eine Kontrolle der Wirtschaftsmacht fordern und eine Beteiligung der Reichen, um aus der Verschuldungsfalle mit immer höheren Zinsen herauszukommen.

Hans-Wilhelm Meyer (Juli 2012)

www.ausbruchsversuche.de